



Ist es geschafft?

Die Grundsteuerreform könnte nach jahrzehntelanger Debatte tatsächlich gelingen



Die gute Nachricht zuerst: Die Chancen, dass die Grundsteuer für die Kommunen uneingeschränkt erhalten bleibt, sind wieder deutlich gestiegen. Nach jahrzehntelanger Debatte kann der sozialdemokratische Finanzminister Olaf Scholz das Thema zum Erfolg führen. Dahinter steht allerdings das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, das am 18. April letzten Jahres großzügig geurteilt, aber dennoch ein Fallbeil aufgestellt hat: Ist das neue Gesetz am 31.12.2019 nicht rechtswirksam, fällt die Grundsteuer weg. Und noch ein zweites Datum ist wichtig: Bis zum Ende des Jahres 2024 muss das neue Gesetz angewandt werden.

Immerhin geht es um rund 14 Milliarden Euro jährlich und jeder Kommunalpolitiker weiß um die Bedeutung der Grundsteuer für den eigenen Haushalt. Die Maßstäbe der SPD waren bei der Reform schnell klar: Die Bundeskompetenz bei der Gesetzgebung sollte bleiben, die Einnahmen wie bisher den Kommunen zustehen, das kommunale Hebesatzrecht unangetastet bleiben, das Aufkommen in Höhe von 14 Milliarden Euro pro Jahr erhalten bleiben und schließlich soll das neue Gesetz gerecht sein. Damit ist vor allem gemeint, dass der Wert von Grund und Boden und der aufstehenden Gebäude in die Bewertung einfließen sollten. Nicht zuletzt soll das

Grundsteuerrecht auch umsetzbar sein und natürlich den Maßstäben des Verfassungsgerichts genügen.

Nach allerlei Diskussion legte Olaf Scholz schließlich zwei Varianten vor: Das "wertunabhängige" und das „wertabhängige“ Modell, ohne jedoch einen Zweifel daran zu lassen, dass das wertabhängige Modell Priorität hat. Während sich das wertunabhängige Modell im Wesentlichen auf Fläche von Grundstücken und Gebäuden bezieht, soll beim wertabhängigen Modell der Ertrag von Grundstück und aufstehenden Gebäuden – wie bisher – berücksichtigt werden. Der Einheitswert soll künftig aus fünf Komponenten errechnet werden: Nettokaltmiete, Wohnfläche, Baujahr, Grundstücksfläche und regionaler Bodenrichtwert. Dieser Wert wird von den Finanzbehörden auf der Basis einer einmal abgegebenen Steuererklärung ermittelt und dann im Abstand von sieben Jahren aktualisiert werden.

So sehr unterscheidet sich das Modell vom bisherigen Verfahren nicht. Allerdings, es ist – angepasst – sehr viel einfacher. Während nämlich bisher bei der Feststellung des Einheitswertes 17 verschiedene Angaben erforderlich waren, sollen es künftig nur die oben genannten sein. Das Bürokratiemonster, von dem die Gegner der Reform reden, verliert al-

so schnell seinen Schrecken, blickt man ihm ins Gesicht.

Doch, um einen Konsens mit den Ländern zu erreichen, sind weitere Abstriche von dem Modell gemacht worden. So sollen keine individuellen Mieten mehr herangezogen werden, sondern Durchschnittsmieten für das jeweilige Wohngebiet. Auch bei den Bodenrichtwerten wird auf die konkreten Werte zugunsten von größeren Bodenrichtwertzonen abgestellt. Diese und andere Maßnahmen vereinfachen die Feststellung der Einheitswerte – machen sie aber eben auch ungenauer, zugespitzt ungerechter.

Trotz der kritischen Aspekte des jetzt gefundenen Kompromisses bleibt es bei einem wertbezogenen Modell, für die SPD-Fraktion eine wichtige Bedingung.

Wie geht es jetzt weiter? Nach den Gesprächen zwischen Bund und Ländern wird es, hoffentlich noch vor der Sommerpause, zu einem ersten Referentenentwurf kommen, so dass der Zeitplan, bis Ende des Jahres ein von Bundestag und Bundesrat beschlossenes Gesetz zu bekommen, eingehalten werden kann.

Doch wie schon fast gewohnt, droht aus Bayern Ungemach. Seehofer Nachfolger Söder will sich aufspielen und stellt den dünnen Kompromiss wieder in Frage. Wenn die Grundsteuerreform scheitert, fehlen den Kommunen 14 Milliarden Euro jährlich. Das öffentliche Finanzgefüge geriete insgesamt in eine Schieflage. Nicht zuletzt im Wissen um diese Verantwortung unterstützen auch alle drei kommunalen Spitzenverbände den Kompromiss, der auf dem wertabhängigen Modell beruht.

Liebe Leserin, lieber Leser,

es existieren ein paar Daten in der politischen Historie, deren Bedeutung kaum zu ermessen ist. Die im wahren Wortsinne

über den Tag hinauswirken. Ein besonderes Datum in dieser Reihe ist gewiss das Jahr 1919. Am 19. Januar 1919 konnten Frauen erstmalig in der deutschen Geschichte an den Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung teilnehmen – übrigens eine Errungenschaft der sozialdemokratischen Reichsregierung. Bereits kurz

nach der Deutschen Revolution wurde das Wahlrecht für Frauen am 30. November 1918 gesetzlich fixiert. Insbesondere die Sozialdemokratin Marie Juchacz spielte bei diesem wichtigen Teil deutscher Geschichte eine herausragende Rolle: Am 19. Februar 1919 hielt sie als erste Frau eine Rede im Deutschen Reichstag und durch ihr politisches Handeln war sie eine Wegbereiterin für die erste deutsche Demokratie.

Wir sollten uns dieser Geschichte stets bewusst sein. Ich fand es ehrlich gesagt etwas befremdlich, wie nachrangig 100 Jahre Demokratie und 100 Jahre Deut-

sche Revolution am 9. November im vergangenen Jahr begangen wurden.

Aber das hier ist nicht nur ein Appell wider die deutsche Geschichtsvergessenheit. Es geht um Innehalten und sich bewusst machen: Die Sozialdemo-

krate gehörte mit ihren politischen Vorstellungen Anfang des 20. Jahrhunderts zur gesellschaftlichen Avantgarde! Gesellschaftlicher Fortschritt wurde durch Sozialdemokraten und vor allem Sozialdemokratinnen in harten Auseinandersetzungen errungen. Durchaus ein Zustand, an dem man sich ein Beispiel nehmen kann. Frauen in

der Kommunalpolitik – das ist der Schwerpunkt dieser Ausgabe. Ich bin sehr froh und dankbar, dass so viele Frauen auf allen kommunalpolitischen Ebenen aktiv unsere Politik gestalten. Trotzdem gilt: Wir brauchen mehr Frauen in der Kommunalpolitik. Bereits nächstes Jahr bietet sich für uns alle die Gelegenheit, den Beleg zu erbringen, dass wir die Gleichberechtigung nicht ohne Grund seit über 100 Jahren im Schilde führen.

Euer Frank Baranowski

Vorsitzender der SGK NRW und
Oberbürgermeister der Stadt
Gelsenkirchen



Foto: Stadt Gelsenkirchen | Carin Moritz

Treibt das neue Grundsteuermodell Mieter in den Ruin?

Der Mieterbund fürchtet, dass die Grundsteuer durch das neue Modell steigen wird und damit die Kosten für Wohnen ebenfalls steigen. Und zwar vor allem dort, wo das Mietniveau ohnehin schon hoch ist, also in den Ballungsräumen.

Die Grundsteuer hatte auf die Mietentwicklung, vor allem auf die exorbitanten Mietsteigerungen der Vergangenheit keinen Einfluss. Die Grundsteuerbelastung ist mit bundesdurchschnittlich 18 Cent pro Quadratmeter und Monat, also 18 Euro bei einer 100 qm-Wohnung, zwar auch eine Belastung, aber sie liegt auf der Höhe der Kosten für Abfall oder Hausversicherungen. Würde die Grundsteuer nach dem geltenden, verfassungswidrigen Modell fortgeschrieben, kämen die Wertsteigerungen der Grundstücke und Gebäude seit dem letzten Feststellungszeitpunkt auch zum Ausdruck. Im Vergleich da-

zu steigen beim wertorientierten Modell, das der Bundesfinanzminister vorgelegt hat, die Belastungen für Mieter insgesamt betrachtet nicht. Aber das ist natürlich eine Durchschnittsbetrachtung. Im Einzelfall kann und wird das anders aussehen, auch weil es Faktoren gibt, auf die der Bund keinen Einfluss hat. Die Kommunen entscheiden nämlich vor Ort über die Höhe des Hebesatzes. Das muss so sein und ist auch gut so.

Wir achten besonders bei dem Konzept auf die Belastungen für Mieterinnen und Mieter. Ein Verzicht auf die Umlage der Grundsteuer auf die Miete, ist nicht Ge-

genstand der Grundsteuernovelle, sondern des Mietrechts und mit diesem Koalitionspartner derzeit wohl nicht durchsetzbar.

Seitens des Bundes ist ein Modell vorgelegt worden, das die Höhe der Grundsteuer sicherstellen will, nämlich bei etwa 14 Milliarden Euro. Dieses Geld ist für die Kommunen unverzichtbar und von keiner staatlichen Ebene ersetzbar.



Weitere Infos auf demo-online.de

Kohleausstieg: Konsens bei Zukunftsfrage

Von Dr. Matthias Miersch MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion



Das Ziel der SPD bei der Einsetzung der Kommission ist aufgegangen: Es gibt einen belastbaren Konsens der unterschiedlichen Gruppen bei einer entscheidenden Zukunftsfrage. Klimaschutz und die Interessen der Beschäftigten, der Regionen sowie der Wirtschaft sind zusammen gedacht worden. Vor gut einem Jahr haben Stephan Weil und ich in den Sondierungsgesprächen diese Kommission vorgeschlagen und schließlich in den Koalitionsvertrag hinein verhandelt. Unsere Überlegung war damals von der Frage geprägt, wie wir in der Kohleausstiegsfrage einen gesellschaftspolitischen Konsens herstellen können, der über Jahrzehnte hinweg tragen kann. Dass nun Gewerkschaften, Umweltverbände, Wissenschaft und Industrie solch eine Einigung gefunden haben, ist großartig. Das ist ein wichtiges Zeichen unserer demokratischen Gesellschaft. Weil alle beteiligten Gruppen konstruktiv gearbeitet und auf Populismus verzichtet haben, ist dieser historische Kompromiss möglich geworden.

Ein belastbarer Kohleausstiegsplan, die Rettung des Hambacher Forstes und die Gestaltung des Strukturwandels sind wichtige Erfolge. Nun muss der Gesetzgebungsprozess schnell beginnen. Bund und Länder müssen einen verlässlichen Rahmen dafür schaffen, dass der anstehende Strukturwandel gelingen kann. Gerade arbeiten die Bundesministerien daran, wie die Vorschläge der Strukturwandelkommission umgesetzt werden können. Nordrhein-Westfalen soll nach dem Willen der Kommission 15 Milliarden Euro an Strukturhilfen für die betroffenen Regionen vom Bund erhalten. Für Städte und Gemeinden in NRW ist es nun zentral, dass die Landesregierung schnell belastbare Konzepte für Strukturwandel und Energiewende vorlegt. Eine lange Liste mit Projektvorschlägen reicht hier nicht aus. Wichtig ist dabei eine stärkere Priorisierung. Notwendig ist ein integriertes Konzept zur regionalen Strukturentwicklung. Dort müssen konkrete Entwicklungsziele

ausformuliert und anschließend priorisiert werden.

Die Herangehensweise, die die SPD-Bundestagsfraktion in der Kohlefrage unternommen hat, ist nach meiner Einschätzung profilbildend für die SPD. Die großen Fragen und Herausforderungen, die sich z.B. auch in den Bereichen Mobilität und Landwirtschaft stellen, lassen sich nur belastbar klären, wenn die jeweilige Seite die notwendige Empathie für die andere Seite aufbringt und gemeinsam das Ergebnis entwickelt. Populistisches und polarisierendes Agieren wird in der Demokratie diese großen Herausforderungen nicht lösen. Gerade angesichts der Blasen in den sozialen Netzwerken und angesichts der „Trumps dieser Welt“, müssen und können wir als SPD nun für diesen Politikansatz kämpfen und auf die erfolgreiche Arbeit der Kommission zurückgreifen!

Grundsteuer C kommt

Mit der Grundsteuerreform soll auch eine „Grundsteuer C“ eingeführt werden. Welche Ziele werden mit der neuen Steuerart verfolgt? Die Einführung einer Grundsteuer C ist eine alte Forderung der SPD. Es gab eine vergleichbare Steuer bereits in den 60er Jahren, aber sie hatte keinen Bestand, wurde schon kurz nach ihrer Einführung wieder kassiert. Warum also ein neuer Versuch, was sind die Ziele?

In nahezu allen Städten gibt es Baulücken, die aus unterschiedlichen Gründen nicht genutzt werden. In einer Zeit von Flächenknappheit, Wohnungsnot und galoppierenden Bodenpreisen ist dieser Zustand nicht akzeptabel. Das Horten von Grundstücken entspricht auch nicht der Sozialpflichtigkeit des Eigentums, die unser Grundgesetz neben dem Schutz des Eigentums verlangt. Wir verfolgen drei Ziele: Bessere Mobilisierung von Grundstücken, Erschwernis der Bodenspekulation, Ermöglichung für die Kommunen, diese Steuer zu erheben. Die Kommunen sollen selbst entscheiden, ob sie diese Steuer auf „baureife Grundstücke“, die aber bisher nicht bebaut werden, erheben wollen.



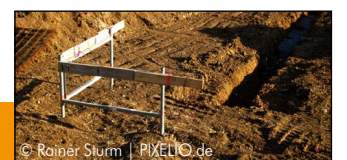
Klar ist, dass mit einer Grundsteuer C die Probleme am Wohnungsmarkt nicht behoben werden können. Gemeinsam mit verbesserten Möglichkeiten, Bau- und Modernisierungsgebote auszusprechen, die im Rahmen der Novelle des Baugesetzbuches erfolgen sollen, entstehen Instrumente, die eine sinnvolle Stadtentwicklung fördern und mehr Flächen für den Wohnungsbau in zentralen Lagen erschließen.

Mobilisierung bundeseigener Grundstücke für Wohnungsbau

BlmA stellt Kommunen Bundesimmobilien vergünstigt zur Verfügung

Bund, Länder und Kommunen haben eine gemeinsame Verantwortung, der Baulandknappheit und speziell dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum zu begegnen. Dieser Verantwortung wird der Bund nun gerecht, indem die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BlmA) enger mit den Kommunen kooperiert. Ziel dieser Kooperation ist es, bundeseigene Flächen für den Wohnungsbau zu mobilisieren und so den Kommunen die Schaffung bezahlbaren Wohnraums zu erleichtern.

Kommunen oder kommunale Wohnungsbaubetriebe können in einem vereinfachten Verfahren zu vergünstigten Konditionen bundeseigene Flächen erwerben und darauf neuen bezahlbaren Wohnraum schaffen. BlmA, Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund informieren in einem aktuellen Schreiben über das Verfahren zum Erwerb dieser Bundesimmobilien. Auch können



Kommunen gemeinsame Projekte mit der BlmA auf diesen Grundstücken verwirklichen.

Die Kommunen müssen nun ihren Teil der Verantwortung wahrnehmen und die planungsrechtlichen Grundlagen für den Wohnungsbau schaffen, damit sowohl die Kommunen als auch die BlmA selbst eigene Wohnungsbauvorhaben umsetzen können.

Infoschreiben zu Verfahrens- und Wertermittlungsgrundsätzen





Rettet den Lokalfunk – die Uhr tickt!

Warum das lokale Radio ein Gewinn für jede Kommune ist

Von **Alexander Vogt MdL**, medienpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion

Die Demokratie braucht eine vielfältige Medienlandschaft. Dies gilt auch vor Ort in den Städten und Kreisen. Der von öffentlich-rechtlichen und privaten Radioanbietern geprägte Hörfunkmarkt in NRW spielt dabei eine wichtige Rolle und stärkt das gesellschaftliche Zusammenleben vor Ort. Den Zugang zu einem vielfältigen Angebot an Informationen zu ermöglichen, ist auch Aufgabe des Gesetzgebers. Obwohl die privaten lokalen Radiosender einem zunehmenden Druck ausgesetzt sind, tut die schwarz-gelbe Landesregierung nichts, die lokale Radiovielfalt zu sichern.

Einzigartige Radiovielfalt in NRW

Neben den WDR-Sendern (1live, WDR2, WDR3, WDR4, WDR5 und COSMO) existieren in Nordrhein-Westfalen 44 private lokale Radiosender mit rund 1000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Sie tragen zu einer breitflächigen, unabhängigen Lokalberichterstattung bei, die in dieser Vielfalt in keinem anderen Bundesland existiert. Das Lokalradio versorgt Bürgerinnen und Bürger mit Informationen über lokale Ereignisse, Veranstaltungen oder Sportvereinsergebnisse und bietet der Lokalpolitik eine Plattform, um über politische Entscheidungen vor Ort zu berichten.

Einzigartig ist auch das sogenannte „Zwei-Säulen-Modell“ des NRW-Lokalfunks, das die programmliche und wirtschaftliche Verantwortung trennt. So besteht jeder Lokalsender aus einer Veranstaltergemeinschaft (VG) einerseits und einer Betriebsgesellschaft (BG) andererseits. Die VG als erste Säule setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern unterschiedlichster gesellschaftlich relevanter Gruppen zusammen und ist für die inhaltliche Programmausgestaltung zuständig. Sie erhält die Lizenz für ein lokales Hörfunkprogramm und ist Arbeitgeberin der Redakteurinnen und Redakteure. An der zweiten Säule der BG sind Verlage und



die jeweilige Kommune beteiligt und sie hat die Aufgabe, die finanziellen Mittel durch Werbeeinnahmen oder Kapitaleinlagen zur Verfügung zu stellen.

Kommerz vor Medienvielfalt?

Aktuell erhalten immer mehr Lokalradiosender in NRW die Hiobsbotschaft, dass sich einige Verleger gezwungen fühlen, Redaktionen aus Kostengründen zusammenzulegen oder andere Einsparungen durchzuführen. Häufig wird kritisiert, dass die Kalkulationen, die die angegebenen finanziellen Schwierigkeiten begründen, nicht transparent dargestellt werden. Jede Zusammenlegung einer Redaktion bedeutet weniger Journalis-

tinnen und Journalisten und somit weniger Berichterstattung vor Ort.

Starke Veranstaltergemeinschaften sind wichtig

Das Landesmediengesetz NRW besagt, dass lokaler Hörfunk von einer Veranstaltergemeinschaft veranstaltet und verbreitet werden darf, „die sich zur Durchführung ihrer gesetzlichen Aufgaben einer Betriebsgesellschaft bedient“. Darum bedarf es selbstbewusster Veranstaltergemeinschaften, die ihr

Radio inhaltlich weiterentwickeln und fest in der jeweiligen Kommune verankern. Auch Online-Aktivitäten der lokalen Radios sind wichtig, um weiterhin eine große Hörerzahl zu erreichen.

Was Kommunen tun können

Jeder Radiosender stiftet Identität, Heimat und Zusammenhalt im jeweiligen Verbreitungsgebiet. Darum setzt sich die SPD-Landtagsfraktion – im Gegensatz zu CDU und FDP – für den Erhalt der 44 Radiosender in NRW ein. Neben den Verlagen halten auch die Kommunen bis zu 25 Prozent der Kapital- und Stimmrechtsanteile an den Lokalradios. Auch sie tragen somit Verantwortung für den jeweiligen Sender vor Ort. Neben wirtschaftlicher Unterstützung für die Radios, beispielsweise durch Werbung kommunaler Unternehmen im Radioprogramm, ist ein klares Bekenntnis der jeweiligen Kommune notwendig: Wir brauchen unser lokales Radio für Medienvielfalt, für Recherche und für unabhängige Berichterstattung!

Warum der Lokalfunk heute umso wichtiger ist

Von **Horst Röper**, Journalist und Medienwissenschaftler

Wir haben in den letzten Jahren in NRW einen Konzentrationsprozess durchlaufen, bei dem insbesondere zahlreiche Lokalredaktionen von Zeitungen geschlossen worden sind. In dieser Situation auf eine Priorisierung des Lokalfunks zu verzichten, wie es die Landesregierung bei der kürzlich vorgeschlagenen Novellierung des Landesmediengesetzes (LMG) vorsieht, ist der falsche Ansatz.

Der Gesetzgeber hat sich bei der Einführung des Privatfunks für den Lokalfunk entschieden. Er strebte damit an, die Vielfalt der Lokalberichterstattung zu stärken. Dies geschah in einem medienstrukturellen Umfeld, das insbesondere in den lokalen Zeitungsmärkten noch von einer relativen Vielfalt geprägt war. Diese Vielfalt ist weit überwiegend in NRW nicht mehr gegeben. Im Gesetz wird zwischen der Anbietervielfalt und der Angebotsvielfalt bzw. Programmvielfalt unterschieden. Die Anbietervielfalt hat sich im Zuge der horizontalen Konzentration in den letzten Jahren verkleinert. Das gilt nicht nur für den Zeitungsmarkt, sondern auch für die mit den Zeitungen eng verknüpfte Branche der Anzeigenblätter und natürlich im Rahmen des Zwei-Säulen-Modells auch für

den Lokalfunk; das heißt, in allen für die lokale Kommunikation relevanten Medien. In der Gewichtung gegenüber der Angebotsvielfalt mag dies nachrangig sein.

Die Verluste bei der Angebotsvielfalt waren aber so ausgeprägt wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Insbesondere die zahlreichen Schließungen von Lokalredaktionen der Zeitungen haben zu hohen Verlusten bei der Lokalberichterstattung geführt und zwar sowohl im Zeitungsmarkt als auch im Internet. Für Leser und Nutzer ist dieser Verlust vielfach nicht unmittelbar zu erkennen, weil Lokalausgaben und Portale häufig nicht geschlossen wurden, sondern mit der Lokalberichterstattung einer einst konkurrierenden

Nachbarredaktion gefüllt werden. Beispielsweise bestehen zwischen Rheinischer Post und Solinger Tageblatt bzw. dem Kölner Stadtanzeiger und der Kölnischen Rundschau redaktionelle Kooperationen, die Lokalteile der WAZ Dortmund und der Ruhr Nachrichten sind sogar identisch.

Die Problematik einer verringerten Angebotsvielfalt gerade in der Lokalberichterstattung wird uns weiterhin begleiten. Wir haben ein anhaltendes Finanzierungsproblem für Lokaljournalismus. Besserungen sind nicht in Sicht, im Gegenteil. Daher sind schon lange neue Überlegungen der Politik fällig. Der Markt ist jedenfalls nicht



mehr in der Lage, für eine ausreichende Vielfalt in der Lokalberichterstattung zu sorgen. Wir benötigen zusätzliche Finanzierungsquellen. In allen Ländern der EU, außer in Deutschland, wird der Journalismus generell mit öffentlichen Mitteln gefördert. In manchen Ländern, gerade in jüngster Zeit, mit größeren Anstrengungen. Die vorliegende Novellierung der Landesregierung greift dieses Thema nicht auf. Das ist zu bedauern.

In Zeiten von Fake News und eines wohlmöglich angekratzten oder auch tatsächlichen Vertrauensschwunds der Medien allgemein wären auch entschiedene Gegenmaßnahmen zu fordern. Auch dazu sind die Novellierungen zurückhaltend. Transparenz über Medienrealitäten zu schaffen und Fehlerkorrekturen verbindlich zu regeln, können Gegenmaßnahmen sein. Ein Beispiel dazu ist die Verpflichtung von Ombudsmännern im Lokalfunk, die weitgehend unabhängig von den Redaktionen diesem Ziel dienen können.

Der Lokalfunk ist daher als zusätzliches und alternatives Angebot für die lokale Berichterstattung noch wichtiger als zur Zeit seiner Einführung. Selbst wenn derzeit DAB+ keine flächendeckende kleinräumige Programmdiffusion erlaubt, ist eine Kopplung von Verbreitungsgebieten immer noch besser als landesweite Angebote, die naturgemäß keine bzw. nur selten Beiträge zur lokalen Publizistik leisten.



Augen auf bei der Berufswahl – Mehr Bürgermeisterinnen braucht das Land!

Von **Dr. Uta Kletzing**, Psychologin und Politikwissenschaftlerin

Seit 100 Jahren dürfen Frauen Bürgermeisterinnen werden. Gerade die kommunalen Spitzenpositionen sind es jedoch, in denen die Geschlechterparität am allerwenigsten erreicht ist: Nur etwa jedes zehnte Rathaus und jedes zehnte Landratsamt hat eine Frau an der Spitze. Und wie auch sonst für Frauen in der Politik gilt auch hier: Tendenz nicht etwa kontinuierlich steigend, sondern eher stagnierend und bei den Oberbürgermeisterinnen auch wieder sinkend.

Es stellt sich also die Frage: Wollen, können oder dürfen Frauen nicht in kommunale Spitzenpositionen?

Zum Wollen: 96 Prozent der hauptamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind mit ihrem Beruf sehr zufrieden bzw. eher zufrieden, 92 Prozent würden wieder Bürgermeisterin und Bürgermeister werden wollen – so eine repräsentative Befragung. Gerade auch Bürgermeisterinnen sagen häufig von sich: „Ich habe den schönsten Beruf der Welt“. Neuere Forschungen gießen allerdings etwas Wasser in den Wein. Denn es gibt einige Aspekte, die für Frauen so-



wohl die Machbarkeit des Amtes beeinträchtigen als ihnen auch den Zugang dazu erschweren.

Die Berufsrolle hauptamtliche*r Bürgermeister*in gilt – wie Führungspositionen allgemein – als vergleichsweise schlecht vereinbar mit anderen Lebensbereichen, weil es sich um einen sogenannten „anderthalb-Personen-Beruf“ handelt. Die Berufsrolle sieht eine Person vor, die im Vordergrund agiert und mindestens eine weitere halbe Person, die unbezahlt und flexibel hinter den Kulissen und als Begleitung bei Repräsentationsterminen zur Verfügung steht. Diese zeitlichen Anforderungen treffen jedoch auf für Frauen und Männer in der Ten-

denz immer noch unterschiedliche Lebenssituationen: Hauptamtliche Bürgermeister haben bessere Chancen, dass ihre Partnerinnen ihnen den „Rücken frei“ halten als hauptamtliche Bürgermeisterinnen. Geht Bürgermeister*in auch als „eine-Person-Beruf“? Viele Bürgermeisterinnen zeigen bereits, dass das Amt auch ohne „Mann an ihrer Seite“ funktioniert, denn sie werden trotzdem wiedergewählt.

Können Frauen Bürgermeisterin? Angela Merkel ist wohl das eindrücklichste Beispiel, wie sehr die Kompetenz einer Frau für eine Führungsposition zunächst angezweifelt wird, die diese Führungsposition dann langjährig und erfolgreich

ausübt. Das Problem liegt also nicht in der Kompetenz, sondern in der Beurteilung dieser Kompetenz. Es ist mittlerweile recht gut belegt, dass die Eignungs- bzw. Leistungsbeurteilung das entscheidende „Nadelöhr“ für den Aufstieg von Frauen darstellt. Auch bei der Aufstellung von Kandidat*innen für das Bürgermeisteramt gilt es, sehr genau hinzuschauen: Wer beurteilt? Mit welchen Verfahren? Nach welchen Eignungskriterien?

In der Forschung ist recht gut belegt: Frauen „dürfen“ in der Regel dann kandidieren, wenn sich kein männlicher Kandidat findet. Sie werden als Kandidatinnen also, unabhängig von ihrer Qualifikation, für geeignet befunden, wenn die Situation es hergibt: In diesem Fall, wenn die Parteien um einen männlichen Kandidaten verlegen sind. Eine solche „Verlegenheits-situation“ ist beispielsweise gegeben, wenn die Wahl aufgrund der parteipolitischen Präferenzen der Wählenden als aussichtslos gilt, oder wenn die Gemeinde sich in einem „trümmerhaften“ Zustand befindet. In Situationen mit (parteilich bedingt) schlechteren

Wahlchancen zu kandidieren, hat durchaus Folgen: Kandidatinnen kandidieren dann von vornherein weniger aussichtsreich und verlieren folglich häufig. Und wenn sie – für alle überraschend – doch die Wahl gewinnen, dann werden sie häufig in einer Ratskonstellation Bürgermeisterin, in welcher der politische Gegner im Rat die Mehrheit hat und die Handlungsspielräume der Amtsinhaberin dadurch eingeschränkt sind.

Wie auch in anderen politischen Ämtern oder Mandaten, sind also die nachweislich nicht gleich verteilten Chancen auf eine Nominierung als Kandidat*in ein zentraler Schlüssel für die fehlende Geschlechterparität in den kommunalen Spitzenpositionen. Um diese Spielregeln zu ändern, die die Männerdominanz im politischen Raum hartnäckig aufrechterhalten, wird aktuell auch für die Politik die Notwendigkeit gesetzlicher Vorgaben diskutiert: das sog. „Paritäts-gesetz“. Bleiben diese Spielregeln unangetastet, sind Frauen in der Politik zwar „drin“, aber irgendwie auch immer noch und immer wieder „draußen“.

Eine Frau an der Spitze einer Kreisverwaltung?!

Meine Erfahrungen im Wahlkampf 2018 als Städteregionsrätin

Von **Daniela Jansen**, Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) NRW

Der kanadische Premierminister Justin Trudeau antwortete auf die Frage, warum die Hälfte seines Kabinetts Frauen sind, schlicht: „Weil es das Jahr 2017 ist“. Für ihn eine Selbstverständlichkeit.

Als ich im vergangenen Jahr als Kandidatin der Unterbezirke Aachen Stadt und Städteregion für die Wahl zur Städteregionsrätin aufgestellt worden bin, hätte ich nicht gedacht, dass die Frage „Kann eine Frau überhaupt eine Verwaltung mit knapp 2.000 Beschäftigten leiten“, so oft gestellt würde. Vielleicht kurz zu meinem Lebenslauf: Ich war von 2012-2017 direkt gewählte Abgeordnete im Landtag von NRW, Vorsitzende des Frauenausschusses. Seit 2016 bin ich Vorsitzende der Landes-ASF mit 37.000 Mitgliedern und aktuell für die IG Metall Projektsekretärin für Elektromobilität.

Versteckt oder offen wurde die Frage der Kompetenz in vielen Gesprächen mit Journalisten, Bürgern und Parteigenossen thematisiert. Vor der Abstimmung im Unterbezirk fragte mich ein älterer Genosse, ob ich mir das denn zutrauen würde, ich hätte ja keine Erfahrung. Im Interview des Aachener Zeitungsverlages interessierte sich der Chefredakteur zuerst dafür, ob denn jetzt mein Mann mehr für die Kinderbetreuung zuständig wäre. Und eine Genossin erzählte mir, dass der stellvertretende Bürgermeister einer 15.000 Einwohner-Gemeinde überzeugt davon



sei, dass ich sicher nicht in der Lage wäre, die Bürgermeister-Runde mit 9 (männlichen) Verwaltungschefs der Städteregion zu leiten.

Ich war die einzige Frau in der Bewerberrunde. Meine Mitbewerber waren ein Jurist und Bürgermeister der zweitgrößten Kommune in der Städteregion, ein Bundestagsabgeordneter ohne Studienabschluss, ein bildender Künstler, ein selbstständiger Handelsvertreter und ein Polizist. Zwei der männlichen Mitbewerber haben übrigens eben-

falls Kinder im Schulalter, ein Vater sogar alleinerziehend. Wurde ihnen die Frage nach der Vereinbarkeit Familie und Beruf gestellt? Selten. Wurde ihnen die Frage gestellt, ob sie sich die Rolle einer Verwaltungsleitung mit 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zutrauen, als Repräsentant für mehr als 550.000 Einwohnerinnen und Einwohner? Selten. Mir als Frau mit Hochschulabschluss und verheirateter Mutter jedes Mal und in beinahe jeder Diskussionsrunde.

Dass sich Frauen immer noch die Frage nach ihrer Kompetenz, ihrem Familienstand und nach dem Wohl der Kinder stellen lassen müssen, habe ich bereits bei den Landtagswahlen erlebt. Als einzige Frau unter den Bewerbern war es in diesem Wahlkampf mein Alleinstellungsmerkmal, und ich hatte beschlossen, das positiv umzudre-

hen: Auf die Frage bei Podiumsdiskussionen, was mich denn von den anderen Bewerbern unterscheidet. Das hat oft zu Raunen im Publikum geführt, aber auch zu Zuspruch. Besonders gefreut hat mich die Reaktion einer Schülerinnengruppe, die nach einer Diskussion im Gymnasium auf mich zukam und mich mit dem Ruf „Frauenpower!“ bestärkt hat. Für die Mädchen im Alter von 16 Jahren war ich ein Vorbild. Das hat mich bestärkt, und auch die Tatsache, dass meine Partei als einzige eine Frau unter 6 Bewerber*innen aufgestellt hat. Insgesamt habe ich bei dem Wahlkampf mehr gewonnen als verloren. Vor allem aber die Erkenntnis, dass wir mehr Frauen als Vorbilder brauchen. Nicht nur für die 16jährigen Schülerinnen, sondern für alle Frauen, die sich politisch engagieren möchten. Egal auf welcher Ebene.



Die Hälfte der Macht und die Hälfte der Mandate für Frauen!

Von Gerda Scheidgen-Kleyboldt, stellvertretende Vorsitzende der SPD Münster

Am 19. Januar 1919 konnten Frauen in Deutschland zum ersten Mal wählen und gewählt werden. Heute, 100 Jahre später, müssen wir feststellen, dass die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern sowohl in unserer Gesellschaft als auch in den Parlamenten nicht erreicht ist.

In fast allen Parlamenten ist der Frauenanteil bei den letzten Wahlen zurückgegangen. Um die vollständige Gleichberechtigung von Frauen in Ämtern und Mandaten zu erreichen, brauchen wir eine Wahlrechtsreform, vergleichbar mit dem Parité-Gesetz in Frankreich.

Ein Baustein auf dem Weg zu einer paritätischen Besetzung der Parlamente kann eine Kommunalakademie speziell für Frauen sein, wie sie aktuell von den SPD-Frauen in Münster zum zweiten Mal im Vorfeld einer Kommunalwahl durchgeführt wird. Für die Durchführung dieser speziellen Kommunalakademie hat sich die SPD Münster 2012 erfolgreich um finanzielle Mittel aus dem Innovationsfond der Partei bemüht.



In den Jahren 2012 und 2013 konnte die AG Gleichstellung der SPD Münster in insgesamt fünf Seminaren interessierten Frauen Grundlagen der Kommunalpolitik und Soft-Skills im Bereich Rhetorik und Netzwerken sowie Gendersensibilität vermitteln. Als Referentinnen haben sowohl aktive SPD-Politikerinnen agiert als auch Referentinnen, die wir über Kooperationspartner, wie das

Bildungswerk Stenden oder die SGK, bekommen haben.

Ziele der Kommunalakademie für Frauen waren die Förderung und Vernetzung von kommunalpolitisch interessierten und engagierten Frauen, Einführung in kommunalpolitische Themenfelder und Handlungsräume, wie Haushaltspolitik, Gender Budgeting und geschlechtergerechte Kommunalpolitik, und die Vermittlung von Schlüsselkompetenzen für das Auftreten innerhalb der Partei, sowie im Rahmen von Gremien und gegenüber anderen Parteien, Institutionen und Verbänden.

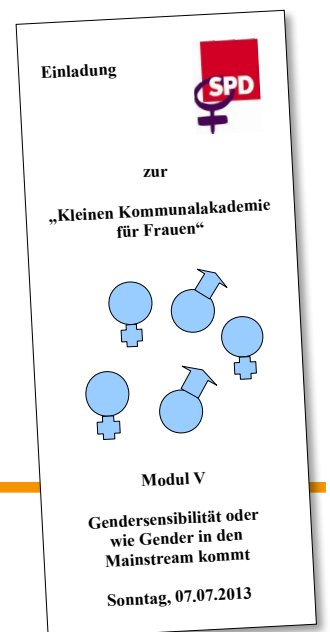
Alle Module wurden mit der AG Gleichstellung der SPD Münster, in Zusammenarbeit mit der ASF Münster, organisiert. Die inhaltliche Gestaltung der einzelnen Module fand in enger Absprache der AG Gleichstellung mit den Referentinnen statt. Wichtig war es, dass die Teilnehmerinnen selbst aktiv wurden, z.B. bei einem Planspiel zur Umsetzung von Gender Budgeting in

der Kommune. Alle fünf Module wurden so aufgebaut, dass Vortrag und selbstständiges Arbeiten sich abwechselten. Dadurch konnten auch konkrete Projektideen und deren Umsetzung besprochen werden. Die Kamingsgespräche mit erfahrenen Kommunalpolitikerinnen als Einstieg, sowie Mittags- und Kaffeepausen in ansprechender Atmosphäre haben wesentlich zum Erfolg der Seminare beigetragen.

Die Kommunalakademie richtete sich an Frauen, die Interesse an kommunalpolitischer Arbeit haben und der SPD mindestens nahe stehen. Angesprochen wurden Frauen, die in Ortsvereinen aktiv sind und möglicherweise auch schon für die SPD in den kommunalpolitischen Gremien sitzen. Unter den Teilnehmerinnen waren SPD-Ratsfrauen, Mitglieder der Bezirksvertretung, Ortsvereinsvorsitzende, aber auch Frauen, die bereits Parteimitglied aber noch nicht politisch aktiv waren. Drei Frauen waren zum Zeitpunkt der Kommunalakademie nicht Mit-

glied in der SPD, engagieren sich aber seitdem bei den SPD Frauen und bereicherten mit dem externen Input vor allem den Prozess zur Aufstellung eines Kommunalwahlprogramms.

Fünf Teilnehmerinnen kandidierten im Jahr 2014 erstmalig für den Rat der Stadt Münster. Die Ratsfrauen, die an der Akademie teilgenommen hatten, haben erneut kandidiert. Aktuell sind von den 19 Mitgliedern der SPD Fraktion im Rat der Stadt Münster 10 Frauen.



Frauen in der Kommunalpolitik oder: Sind Bürgermeisterinnen anders...

Von Birgit Alkenings, Bürgermeisterin der Stadt Hilden

Direkt zu Anfang gesagt: Ich glaube nicht, dass Frauen politisch unbedingt anders agieren oder immer klüger entscheiden als Männer. Deshalb sind Frauen auch nicht per se bessere Bürgermeisterinnen oder Kommunalpolitikerinnen, als Männer es wären.



Trotzdem wäre es besser, wenn die Vielfalt des Lebens sich auch in der Politik widerspiegeln würde, damit die Entscheidungen, die getroffen werden, dem tatsächlichen Leben der Bevölkerung entsprechen und nicht der Erfahrung einer eng begrenzten Gruppe. Und deshalb sollten eben auch weibliche Lebenserfahrungen in der Kommunalpolitik in dem Maß eine Rolle spielen, wie es dem Anteil an der Bevölkerung entspricht.

Und da stellt sich dann schon die Frage, wieso es bei den hauptberuflichen BürgermeisterInnen oder OberbürgermeisterInnen so einen geringen Frauenanteil gibt. Und auch in den Stadträten sinkt der Frauenanteil seit einiger Zeit wieder. Die Besetzung einer Position (egal ob haupt- oder ehrenamtlich, Politik oder sonstiges Berufsleben) hängt im Wesentlichen an zwei Ereignissen: der Bewerbung um diese Positi-

on und der Entscheidung, ob die Person die Eignung für die Stelle mitbringt. Den ersten Schritt, die Bewerbung, müsst ihr selber machen, der zweite, die Nominierung, lässt sich im politischen Umfeld meistens vorbereiten. Wie dann letztendlich eine Kommunalwahl ausgeht, entscheiden die Wählerinnen und Wähler...

Mein Fazit nach etwas über vier Jahren im Amt als Bürgermeiste-

rin und den 20 Jahren davor als Ratsmitglied (davon 11 Jahre Fraktionsvorsitzende) und einem Studium bzw. Berufstätigkeit in einem eher männlich dominierten Umfeld ist: Frauen, traut euch Verantwortung zu. Sucht euch Netzwerke und MentorInnen. Sammelt Erfahrung in Führung. Meldet euch, wenn ihr eine Position anstrebt und wartet nicht, dass ihr gefragt werdet. Akzeptiert, dass eine Position auch in Frage gestellt wird – Machtkämpfe soll es auch unter Männern geben. Scheut das Risiko nicht zu sehr. Nutzt den Erfahrungsschatz eurer VorgängerInnen. Und wenn ihr da keine weiblichen Vorbilder findet: Auch von Männern kann man lernen...

Meine Erfahrung ist, dass Frauen akzeptiert werden (als Bürgermeisterin hatte ich es vielleicht

einfacher, weil es vor mir von 1969 bis 1994 schon eine Bürgermeisterin gab). Ich bin mit männlichen Mentoren gut gefahren. Ich hätte allerdings keine Position übernommen, die gar nicht zu mir passt, weil z.B. eine Quote es so vorsah.

Und: Bürgermeisterin ist ein toller Beruf. Man trifft viele Menschen, weil es eben nicht nur Verwaltungsführung ist, sondern auch viel Repräsentation im städtischen Leben. Man hat ein großes Spektrum unterschiedlicher Tätigkeiten und Entscheidungen – eben alles, was eine Stadt so erledigt. Ich bereue die Entscheidung zur Kandidatur nicht.

Anders ist allerdings, dass bei Frauen immer das Äußere mit beurteilt wird – da haben es die Männer schon einfacher...

Mit Ausbildungsatlas gegen Landflucht

Vlotho und Kalletal schaffen Perspektiven für junge Menschen

Von **Rocco Wilken**, Bürgermeister der Stadt Vlotho

OWL gilt als Job- und Innovationsmotor in NRW, jedoch haben wir hier vor Ort mit einer Paradoxie zu kämpfen. Zum einen gibt es bei uns viele Betriebe mit einer vollen Auslastung und einem Berufsangebot von A bis Z, die Nachwuchskräfte und Fachkräfte in sämtlichen Bereichen suchen. Zum anderen haben wir in der Region mit abnehmenden Bevölkerungs-/ Einwohnerzahlen und einer vermehrten Abwanderung von jungen Menschen nach der Schule zu kämpfen.

Abitur und Studium sind kultiviertes Ziel. Da Fachhochschulen und Universitäten zumeist in Ballungsräumen sind, gehen mit den Studierenden auch wichtige Anteile der bei uns ausgebildeten Menschen in die Ferne. Viel zu wenig ist den jungen Erwachsenen bewusst, dass die Duale Ausbildung eine große Chance ist, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, die Basis für die familiäre und beruflich Heimat sein kann.

Jeder junge Erwachsene ist für uns hier vor Ort wichtig, gesellschaftlich, beruflich wie privat. Die Gemeinkosten zur Unterhaltung der Infrastruktur verteilen sich auf immer weniger Schultern und neben vermehrten Leerständen wird es auch für Vereine immer schwieriger, aktive Mitglieder zu gewinnen. Wer sich für ein Studium oder eine Ausbildung in einer anderen Stadt entscheidet, ist für uns zunächst verloren.

Wir sind überzeugt, dass es sich bei uns gut leben lässt. Vlotho und Kalletal denken sich, trotz unterschiedlicher Kreisangehörigkeit, als zusammenhängender Lebens- und Arbeitsraum, die interkommunale Zusammenarbeit ist für uns gelebte Praxis.

In Ergänzung zur jährlichen Berufsbildungsmesse an der Vlothoer Sekundarschule kam Mario Hecker (Gemeinde Kalletal) auf die Idee, mit einem gemeinsamen Portal auf die regionalen Ausbildungsmöglichkeiten hinzuweisen. Nicht immer ist das Studium der Garant für ein höheres Einkommen und Zufriedenheit im Beruf. Es lohnt sich allemal die Frage: Warum in der Ferne suchen, wenn das Gute so nah ist. Mittlerweile ist gesellschaftlich bewusst, dass eine Ausbildung goldenen Boden hat und so ist der Mitte 2017 online gegangene „Ausbildungsatlas“

durchgängig bei den Schülerinnen und Schülern bekannt.

Das Ziel des Ausbildungsatlasses, den seit Jahren sinkenden Übergangsquoten von der Schule in die duale Ausbildung entgegenzuwirken und den Schülerinnen und Schülern aus den weiterführenden Schulen einen schnellen und unkomplizierten Zugang zu den Angeboten und Informationen rund um die Ausbildungsplätze in der Region zu ermöglichen, wird angenommen. Das zeigen immer wieder Gespräche mit Unternehmen und Auszubildenden. Messbar ist die Größe des Mehrwerts aktuell nicht, jedoch sind wir uns einig, alles in unserer Kreativität Stehende zu tun, um die Bindegliedfunktion der Rathäuser als Netzwerknoten aktiv zu nutzen.

Die Entwicklung des Ausbildungsatlasses wurde technisch durch das Kommunale Rechenzentrum Minden-Ravensburg / Lippe (krz) umgesetzt. Die Pflege des Portals obliegt der Stadt Vlotho. Mit Hilfe des Portals erhalten Schulabgänger Informationen über diverse Ausbildungsberufe sowie Informationen und Kontaktdaten unterschiedlicher Unternehmen an zentraler Stelle.

Um die Unternehmen in der Region auf die Möglichkeiten des

Ausbildungsatlasses aufmerksam zu machen und diesen möglichst schnell mit Leben zu füllen, wurden alle Unternehmen in der Region angeschrieben und darum gebeten, ihre Ausbildungsbereitschaft zentral in den Atlas einzutragen. Regelmäßig erfolgt ein Aufruf in der Presse und eine Ansprache der Unternehmen, dieses Angebot zu unterstützen. Als Bürgermeister bin ich zufrieden mit den Rückmeldungen der Betriebe und war sehr erstaunt, wie viele unterschiedliche Berufe allein in der eigenen Region ausgebildet werden. Insgesamt werden mittlerweile von 74 Betrieben 55 unterschiedliche Berufsausbildungen angeboten.

Zu jedem der gehosteten Angebote werden kurze Informationen zum Unternehmen, die Kontaktdaten der Ansprechpartner, Informationen zum Ausbildungsberuf und die Anzahl der Ausbildungsstellen zur Verfügung gestellt. Der Kontakt kann dann direkt mit dem Unternehmen erfolgen.

Der Ausbildungsatlas ist ein aktiver Beitrag der Gemeinde Kalletal und der Stadt Vlotho, sich den gesellschaftlichen Herausforderungen gemeinsam mit interkommunalen Lösungen zu stellen und Lösungen statt Kirchturmdenken zu präsentieren.



Austausch mit der SPD-Landtagsfraktion Das neue KiBiz – großer Wurf oder Stückwerk?



**12. März 2019, um 17:00 Uhr,
Landtag NRW, Fraktionssaal**

Referent wird unter anderem **Dr. Dennis Maelzer MdL**, der kinder- und jugendpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, sein.

Die Landesregierung hat im Januar die mit den kommunalen Spitzenverbänden vereinbarten Eckpunkte für eine Reform des KiBiz vorgelegt. Im Kern soll es dabei um die Schließung der sogenannten KiBiz-Lücke gehen, die seit dem Inkrafttreten 2008 entstanden ist.

In dem Zusammenhang hat das Land auch erklärt, mit Bundesmitteln ein weiteres beitragsfreies Kindergartenjahr zu finanzieren. Insgesamt ist von 1,3 Milliarden Euro die Rede. Eine grundlegende Reform der Systematik soll es allerdings nicht geben. Daher möchten wir gemeinsam mit Euch und der SPD-Landtagsfraktion den

angekündigten „Pakt für Kinder und Familien“ einer kritischen Bewertung unterziehen und darlegen, welche Veränderungen bei der frühkindlichen Bildung zu erwarten sind. Zudem möchten wir erfahren, welche anderen Themen aus dem Spektrum der frühkindlichen Bildung bei Euch vor Ort „brennen“.

Interessierte können sich bereits jetzt unter info@sgk-nrw.de anmelden.



NRWGESPRÄCH

NRW
DIE FRAKTION
SPD

**DAMIT ES JEDES KIND PACKT
WIE STÄRKEN WIR KINDER UND FAMILIEN IN NRW?**

MIT **DR. FRANZISKA GIFFEY** - BUNDESMINISTERIN FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND

**DIENSTAG · 26. MÄRZ 2019 · 16.45 UHR
LANDTAG NRW · PLENARSAAL
PLATZ DES LANDTAGS 1, 40221 DÜSSELDORF**

Mit dem „Gute Kita-Gesetz“ und dem „Starke Familien-Gesetz“ hat die Bundesregierung klare Signale gesetzt. Erhebliche Finanzmittel werden zur Verfügung gestellt, konkrete Maßnahmen für Kinder und Familien umgesetzt.

- Wie wird diese Vorlage aus Berlin in NRW angenommen?
- Was kann, soll und muss das Land unternehmen, um ebenfalls Kinder und Familien im Land zu stärken?
- Ist die von Schwarz-Gelb angekündigte KiBiz-Reform der richtige Weg oder stellt sie eher ein Problem dar?

Das möchte die SPD-Landtagsfraktion mit Bundesfamilienministerin **Dr. Franziska Giffey** in einem NRW-Gespräch diskutieren. Dazu lädt sie herzlich ein.



JETZT ANMELDEN

Homepage: www.machen-wir.de/familie



NRW darf Mieter nicht im Stich lassen

Breites NRW-Aktionsbündnis „Wir wollen wohnen!“ gegründet

Wohnraum in NRW ist Mangelware und schon jetzt für viele Menschen unbezahlbar. „Und was tut unsere Landesregierung? Sie plant heimlich, still und leise, wichtige Regelungen zum Schutz der Mieterinnen und Mieter zu streichen. „Das darf nicht passieren“, so Hans-Jochem Witzke, Sprecher des neu gegründeten NRW-Bündnisses „Wir wollen wohnen!“ und Vorsitzender des Deutschen Mieterbundes NRW.

Insgesamt acht Organisationen, darunter der Deutsche Mieterbund, Wohlfahrts- und Sozialverbände und der Deutsche Gewerkschaftsbund, haben im Rahmen einer Pressekonferenz im Landtag ein gemeinsames Forderungspapier vorgelegt. Um den Forderungen nach mehr bezahlbarem Wohnraum gegenüber Land und Kommunen Gehör zu verschaffen, sind neben einer Petition an die Landesregierung auch örtliche Bündnis-Aktivitäten geplant.

Bislang schützen rechtliche Regelungen in NRW insbesondere vor überzogenen Mieten bei der Wiedervermietung und vor Zweckentfremdung von Wohnraum durch gezielten Leerstand, gewerbliche Nutzung oder Airbnb-Vermietung.

Doch die Landesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, diese ersatzlos auslaufen zu lassen oder abzuschaffen. „Das können und wollen wir nicht hin-

nehmen“, so Witzke. „Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger auf, gemeinsam mit uns für ihre Rechte zu streiten. Jede Unterschrift zählt!“ Hierzu kann eine Petition im Internet gezeichnet werden unter <https://weact.campact.de/petitions/wir-wollen-wohnen>.

Neben dem Erhalt und dem Ausbau des Mieterschutzes fordert das Bündnis die Errichtung von mehr bezahlbarem Wohnraum. „Laut Wohnungsmarktbericht der NRW.BANK werden jährlich rund 80.000 neue und vor allem bezahlbare Wohnungen benötigt“, erklärt Dr. Sabine Graf, Stellvertretende Vorsitzende DGB NRW. „Im Jahr 2017 waren es aber gerade einmal rund 48.000. Um diese Lücke zu schließen, ist eine deutlich höhere öffentliche Wohnraumförderung notwendig. Das Land muss hierfür eigene Haushaltsmittel bereitstellen. Zudem kann eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft ein perspektivisches Instrument sein. Der



Vertreter/innen aus insgesamt acht Organisationen kamen für das Aktionsbündnis zur Landespressekonferenz:

Letzte Reihe von links: **Heike Moerland** (Diakonie RWL), **Julia Bandelow** (DGB NRW), **Michael Hermund** (DGB NRW), **Silke Gottschalk** (DMB NRW), **Markus Lahrmann** (Caritas NRW)
Zweite Reihe von links: **Katrin Mormann** (AWO NRW), **Sylvia Rietenberg** (Paritätischer NRW), **Carsten Ohm** (VdK NRW), **Hans-Jochem Witzke** (DMB NRW), **Dr. Sabine Graf** (DGB NRW), **Christian Woltering** (Paritätischer NRW), **Dr. Michael Spörke** (SoVD NRW)

Markt wird es leider nicht richten, das haben die vergangenen Jahre deutlich gezeigt.“

Blieben diese notwendigen Maßnahmen aus, werden auch für normalverdienende Mieterinnen und Mieter viele Städte und mittlerweile auch das Umland in NRW zunehmend unbezahlbar. „Bei immer mehr Haushalten wird dadurch die kritische Grenze von 30 Prozent des Haushaltseinkommens für die Wohnkosten überschritten“, so Christian Woltering, Landesgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

des NRW. „Und hier ist die Rede von Normalverdienern. Arme Menschen haben noch schlechtere Karten, nicht umsonst ist die Zahl der Wohnungslosen in NRW in den letzten Jahren massiv angestiegen. Auch für Menschen mit Behinderung sieht es düster aus – barrierefreier Wohnraum ist kaum zu finden.“

Daher fordert das Bündnis auch die Kommunen auf, sich an der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zu beteiligen. Städtische Grundstücke dürften nicht länger zu Höchstpreisen ange-

boten werden, denn auch hohe Grundstückspreise wirken sich auf die Mieten aus. Ein Lösungsansatz ist die Schaffung von mehr öffentlich-gefördertem Wohnraum durch kommunale Wohnungsunternehmen.

Weitere Informationen erhalten Sie unter: www.wir-wollen-wohnen-nrw.de



IMPRESSUM

Die Kommunale Zeitung

Herausgeber:
Sozialdemokratische
Gemeinschaft für
Kommunalpolitik in NRW e.V.
(SGK NRW)
Elisabethstraße 16,
40217 Düsseldorf

Tel.: 0211-876747-0
Fax: 0211-876747-27
info@diekommunale.de

www.diekommunale.de
Facebook: facebook.com/SGK-NRW

Verantwortlich
(auch für Anzeigen):
Bernhard Daldrup,
Landesgeschäftsführer der SGK
NRW

Satz und Gestaltung:
SGK NRW, Postfach 20 07 04,
40104 Düsseldorf

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der SGK NRW wieder. Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Kampf gegen den Demokratieabbau geht weiter

Unterzeichne den Aufruf gegen die Abschaffung der Stichwahl jetzt!



Nachdem die schwarz-gelbe Landesregierung die Abschaffung der kommunalen Stichwahlen 2018 angekündigt hat (wir berichteten in Ausgabe 6/2018 – „Angriff auf die Demokratie“) hat die aus einem breiten Bündnis von Verbänden bestehende Initiative „Stichwahl bleibt!“ bereits mehr als 13.000 Unterschriften gegen die Abschaffung der Stichwahl gesammelt.

Am 15. Februar findet nun die Sachverständigenanhörung im Landtag statt und das Gesetz



zum Demokratieabbau in Nordrhein-Westfalen geht in das weitere Gesetzgebungsverfahren. Sollte das Gesetz verabschiedet werden, wäre NRW das einzige Bundesland, das dann keinen zweiten Wahlgang mehr bei einer Kommunalwahl hätte. Damit wäre NRW dann der traurige Vorreiter für weniger Demokratie.

Der SGK-Sachverständige und Bürgermeister von Castrop-Rauxel,

Rajko Kravanja, äußert sich im Hinblick auf die Anhörung am 15. Februar sehr deutlich: „Einen Demokratieabbau auf kommunaler Ebene lehnen die SPD-Kommunen ab, auch wenn wir wohl statisch gesehen als sogenannte Amtsinhaber sogar davon profitieren könnten. Die Stichwahl ist ein Garant für mehr Demokratie in unserem Land!“

Es bleibt nun abzuwarten, ob die Landesregierung und die schwarz-gelbe Koalition dieses Spiel aus reinem Machtinteresse zu Ende spielen wird oder die Vernunft ihren Weg zurück findet – zumindest zur FDP, die 2011 die Wiedereinführung der

Stichwahl unterstützt hat - und unsere Demokratie nicht weiter Spielball von CDU-Machtinteressen bleibt.

Was könnt Ihr tun?
Unterstützt den Aufruf des breiten Bündnisses unter www.stichwahl.nrw und tragt Euch als Unterstützer ein!



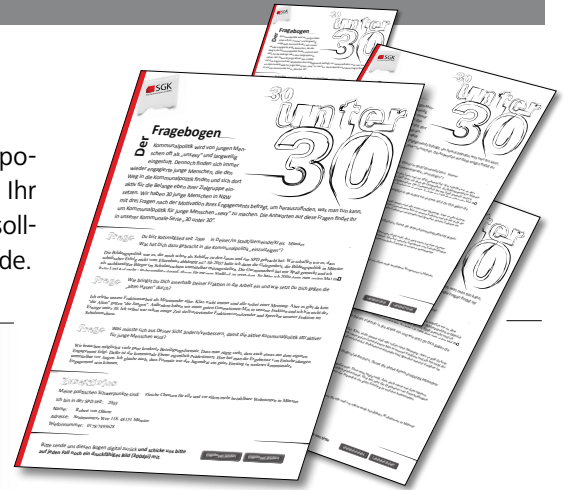
Junge Kommunalpolitik



Kommunalpolitik ist jung!

Das Forum Junge Kommunalpolitik bereitet unter dem Titel **Fit, Jung, Kreativ** die Qualifizierungsphase für ehrenamtliche Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sowie Interessierte zur Kommunalwahl 2020

vor. Hier stellen wir Euch aktive junge Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker unter 30 vor. Ihr kennt jemanden, der hier auch vorgestellt werden sollte? Dann meldet Euch bei uns unter info@sgk-nrw.de.



Aaron Möller
Ratsmitglied in Eschweiler

Was hat Dich dazu gebracht, in die Kommunalpolitik „einzusteigen“?

Ich bin sachkundiger Bürger im Schulausschuss und arbeite in der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Eschweiler mit. In der Kommunalpolitik bin ich schon seit meinem 15. Lebensjahr aktiv und bin mit 16 Jahren in die SPD eingetreten. Anlass war der Plan der Stadtverwaltung, einen Sportplatz in meinem Ortsteil zum Solarpark zu entwickeln. Das wollte ich verhindern, weil die Freizeitmöglichkeiten für

Kinder und Jugendliche entfallen wären. Daher hatte ich einen Termin bei unserem Bürgermeister Rudi Bertram und alles nahm seinen Lauf. Den Sportplatz gibt es heute immer noch.

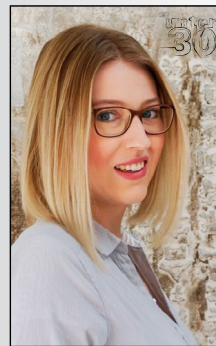
Wie bringst Du Dich innerhalb Deiner Fraktion in die Arbeit ein, und wie setzt Du Dich gegen die „alten Hasen“ durch?

In meiner Fraktion nehme ich an Fraktionssitzungen oder Arbeitskreissitzungen teil. Außerdem bin ich seit vier Jahren Geschäftsführer meines SPD-Ortsvereins. Hürden wegen einer vermeintlichen „Übermacht der alten Hasen“ spüre ich nicht. Im Gegenteil: Ich bin froh, dass meine Fraktion und die Partei erkannt haben, wie wichtig die Einbindung von Nachwuchs ist. So lässt sich ohne Scheuklappen verantwortungsvoll zusammenarbeiten.

Was müsste sich aus Deiner Sicht ändern/verbessern, damit die aktive Kommunalpolitik attraktiver für junge Menschen wird?

Die Einbindung junger Menschen in politische Gremien gelingt in vielen Städten nicht. Zunächst müssen wir uns erneut vergegenwärtigen, dass unsere Ämter lediglich Ämter auf Zeit sind und gewisse Wechsel durchaus belebend wären. Die Schnittmenge zwischen Jugendlichen und der Politik muss deutlich erhöht werden. In Eschweiler gibt es das „Kids-Projekt“, bei dem Schülerinnen und Schüler die Ratsarbeit kennenlernen können. Damit kann Kommunalpolitik zeigen, wo sie täglich den Alltag trifft. Die Jugend ist keineswegs politikverdrossen oder demotiviert. Ihr muss gezeigt werden, was für Möglichkeiten ihnen offenstehen, was gestaltet werden kann und Lust auf Politik macht. Die Einbindung junger Menschen muss mutiger werden – Menschen wachsen an ihren Herausforderungen. Insbesondere erfordert das auch mehr Mut bei der Aufstellung junger Kandidatinnen und Kandidaten, um die Partei und die Kommunalpolitik zu beleben.

Aarons politische Schwerpunkte sind Schule, Digitalisierung und Stadtentwicklung. Er ist seit 2016 Ratsmitglied im Rat der Stadt Eschweiler und seit 2011 in der SPD.



Sarah Süß
Sachkundige Bürgerin in Steinhagen

Was hat Dich dazu gebracht, in die Kommunalpolitik „einzusteigen“?

Sozialdemokratin bin ich schon, seit ich als Teenager anfang, mich überhaupt für Politik zu interessieren. Zum Eintritt in die SPD und den Einstieg in die Kommunalpolitik kam es aber erst, als ich bereits ein paar Jahre in meiner Wahlheimat Steinhagen gelebt habe. Hier ist der Wunsch entstanden, mich für die Gemeinde und ihre Bürgerinnen und Bürger zu engagieren und aktiv Politik zu machen.

Wie bringst Du Dich innerhalb Deiner Fraktion in die Arbeit ein, und wie setzt Du Dich gegen die „alten Hasen“ durch?

Die „alten Hasen“ meiner Fraktion stehen jungen, engagierten Menschen, die Lust haben Kommunalpolitik zu machen, zum Glück sehr offen gegenüber. So treffen das Wissen und Können aus jahrzehntelanger kommunalpolitischer Erfahrung auf frische, neue Impulse. Daraus kann meines Erachtens sowohl jeder einzelne, als auch die gesamte Fraktion profitieren.

Was müsste sich aus Deiner Sicht ändern/verbessern, damit die aktive Kommunalpolitik attraktiver für junge Menschen wird?

Kommunalpolitik muss sich mit Themen beschäftigen, die junge Menschen wirklich interessieren und betreffen. Dabei halte ich es für wichtig, schon Jugendliche direkt anzusprechen und dazu einzuladen, an Diskussionen und Ideenfindung teilzunehmen. Außerdem müssen wir unsere Arbeit und Erfolge auch für junge Menschen ansprechend und verständlich kommunizieren. Die sozialen Netze wie Facebook, Twitter und Instagram sind dafür heute unverzichtbar.

Die politischen Schwerpunkte von Sarah sind soziale Gerechtigkeit, Bildungspolitik und Umweltschutz.

Sie ist seit 2018 sachkundige Bürgerin und seit 2017 Mitglied der SPD.



Kommunalkolleg 2020

Weiterbildungsangebote für Kommunalos und die, die es noch werden wollen.

Das „Kommunalkolleg 2020“ ist eine Bündelung der Seminarangebote der SGK NRW, des Willi-Eichler-Bildungswerkes, des Heinz-Kühn-Bildungswerkes, des Bildungswerkes Stenden und der Kommunalakademie der Friedrich-Ebert-Stiftung.



Die nächsten SGK-Seminare

- 16.03.2019
Kommunalpolitik neu gestalten
Gelsenkirchen
- 23.03.2019
Argumentationstraining –
Überzeugend Argumentieren
Düsseldorf
- 30.03.2019
Schreibwerkstatt für gute Öffentlichkeitsarbeit
Castrop-Rauxel

einfach online anmelden www.Kommunalkolleg.de